

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 32

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 11. August 1950

Zum Problem der Teuerung

Zwei der bedeutendsten Exponenten unseres staatlichen Lebens, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Österreichische Gewerkschaftsbund, nehmen jetzt gleichzeitig und — natürlich — in gegensätzlicher Weise zu dem Problem der Teuerung Stellung.

Die Bundeskammer weist darauf hin, daß im Zusammenhang mit der vor kurzem im Baugewerbe vereinbarten Lohnerhöhung von einzelnen Fachgewerkschaften Lohnforderungen beträchtlichen Ausmaßes gestellt werden, was Besorgnis auslösen müsse. Lohnerhöhungen würden die im allgemeinen sinkende Tendenz der Preise ungünstig beeinflussen und müßten, da sie in den derzeitigen Preisen nicht unterzubringen wären, überwältigt werden. Sie könnten darüber hinaus dazu führen, daß die unter schwerem Steuerdruck und in hartem Konkurrenzkampf stehenden Unternehmungen genötigt würden, die Beschäftigung in ihren Betrieben einzuschränken, wovon nicht nur die gesamte Wirtschaft, sondern in erster Linie die Arbeitnehmer hart getroffen würden.

Demgegenüber steht nach einer Veröffentlichung im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ der Gewerkschaftsbund auf dem Standpunkt, daß die in den letzten Monaten beobachtete Stagnation der Wirtschaft, insbesondere in der Konsummittelindustrie, nicht eine Folge überhöhter Löhne und Gehälter sein könne, sondern sich aus der Tatsache erkläre, daß weite Kreise der österreichischen Bevölkerung ein zu geringes Einkommen haben. Auch die Bundeskammer könne die Tatsache nicht leugnen, daß die Kaufkraft ganz allgemein hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben sei.

Man kann beiden Teilen nicht absprechen, daß ihre Standpunkte, mit Einschränkungen nach beiden Seiten hin, eine gewisse Berechtigung haben. Durch die Pfundabwertung ließen sich verschiedene Preiserhöhungen nicht vermeiden. Es kam die Erhöhung der Eisenpreise, die auch für andere Wirtschaftsgüter, vor allem im bauwirtschaftlichen Sektor Preiserhöhungen unvermeidlich machte, und dazu noch manche neue Belastung durch den Fiskus. Es ist im Gegenteil bewundernswürdig, daß diese neuen Belastungen gerade von der privaten Wirtschaft weitgehend aufgefangen wurden, wenn man auch zugeben

muß, daß die immer schwieriger werdenden Absatzverhältnisse nirgends mehr „kostendeckend“, sondern nur solche Preise ermöglichen, die gerade die Aufrechterhaltung der geschäftlichen Existenz ermöglicht haben. Daß dennoch die Zahl der Insolvenzen und Konkurse infolge dieser Entwicklung erschreckend gestiegen ist und steigt, ist eine leider nur allzu bekannte Tatsache.

nahmen, die, zum Teil auf Geheiß „von außen“, zur Vereinheitlichung des Schillingkurses getroffen werden müssen.

Wie die Teuerung unter allen diesen Bedingungen beseitigt oder gar rückgängig gemacht werden soll, ist nicht recht erfindlich. Aus wirtschaftlichen Fachkreisen und von anderen berufenen Stellen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, was geschehen muß, um

Unseren Gästen zum Gruß!

Wiederum erwartet die Stadt Waidhofen a. d. Ybbs liebe Gäste. Es ist die Österreichische Jugendbewegung, die sich hier aus allen Bundesländern zur 3. Bundes-Kultur- und Sportwoche trifft, um hier zu singen und zu spielen und sich im sportlichen Wettkampf zu messen. Erstmals hat Waidhofen auch die Ehre, Tagungsort eines internationalen Kongresses zu sein, der Tagung der Jugendsektion der NEI., an der Vertreter vieler europäischer Staaten teilnehmen werden. Ich ersuche daher die Bevölkerung Waidhofens, die Häuser vom 13. bis 20. August zu beflaggen, und heiße alle unsere Gäste herzlich willkommen.

Kommerzialrat Alois Lindenhofner

Bürgermeister der Statutarstadt Waidhofen a. d. Ybbs.

Auch die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen erscheinen nicht dazu angetan, Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwecken. Es ist bekannt, daß mit einer Erhöhung der Strompreise gerechnet werden muß, die, unbeschadet mancher Gründe, die hierfür geltend gemacht werden können, ein neues Preisauftriebsmoment bilden werden. Auch die Preise für den wichtigsten wirtschaftlichen Grundstoff, die Kohle, sollen eine Erhöhung erfahren. Dazu kommen die zu erwartenden Preissteigerungen im Agrarsektor und schließlich die Maß-

die allgemeine wirtschaftliche Situation zu konsolidieren: Es ist dies der Abbau der ungeheuerlichen fiskalischen Lasten und eine Wirtschaftspolitik, die weniger einseitig als zur Zeit nur gewisse Sektoren des Wirtschaftskörpers fördert, was lediglich dadurch möglich wird, daß den zuständigen Instanzen gegenwärtig jedes Einspruchsrecht entzogen ist. Man wird jedenfalls nicht leugnen können, daß die so oft von offiziellen Stellen behauptete „Besserung der wirtschaftlichen Lage“ sehr weitgehend Scheincharakter hat, was sich eines Tages bitter rächen muß.

Fremdenverkehr — ein österreichisches Hauptaktivum

In den Jahren 1936/37 bildeten bekanntlich die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr den größten Posten unseres (unsichtbaren) Exportes. Sie beliefen sich auf 170 Millionen Schilling und deckten 74 Prozent unseres gesamten, 230 Millionen Schilling betragenden Außenhandelspassivums. Zum Vergleich sei angeführt, daß die Exporterlöse für Eisenwaren im gleichen Zeitraum 155, für Holz 131 und für Papier und Papierwaren nur 57 Millionen Schilling betragen. Da Österreich danach streben muß, spätestens bis zum Aufheben der Marshallhilfe, also bis etwa Mitte 1952, sein Handelspassivum zu decken, der Fremdenverkehr aber zu unseren wichtigsten wirtschaftlichen Aktiva gehört, ist es nur vernunftgemäß, ihn mit allen Mitteln zu fördern. Daß es in dieser Hinsicht langsam wieder „bergauf“ geht, beweisen folgende Übernachtungszahlen: Diese stiegen von 4.700 im Winter 1946/47 auf 1.200.000 im Winter 1949/50 und beliefen sich im Sommer 1949 auf 1.300.000.

Den eigentlichen Wendepunkt wird jedoch hoffentlich das heurige Jahr bilden, sollen doch bis 1952 insgesamt 380 Millionen Schilling für den Fremdenverkehr investiert werden.

Den ersten Punkt des Förderungsprogrammes bildet die Schaffung von zusätzlichem Bettenraum. Unsere Fremdenverkehrsbetriebe verfügten 1937 über 197.000 Betten, von denen 65.000 für ausländische Reisende in Betracht kamen. Durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen ging der Bettenbestand auf 118.000 zurück, und konnte aus Betriebsmitteln bis 1950 auf 125.000 erweitert werden. Der Wiederaufbau geht deshalb so langsam von statten, weil für

einen Einbetraum heute noch mit einem Kapitalaufwand von 60.000 bis 70.000 S gerechnet werden muß. Gelingt es, die Zahl der Ausländernachtungen bis dahin auf 400.000 steigern zu können, so ergäbe sich ein Devisenaufkommen von 36 Millionen Dollar, d. h. nahezu 1 Milliarde Schilling. Im laufenden Jahr hofft man aus dem Ausländer- und Inländerverkehr zusammen mit mindestens 2 Millionen Nächtigungen.

Für die Modernisierung bzw. den Wiederaufbau von Kur- und Heilbädern sollen 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, da man annimmt, daß der Ausländerbesuch in den großen internationalen heimischen Kurstätten durch den Ausfall wichtiger Konkurrenzländer, vor allem der CSR., wohl doch etwas zunimmt.

Hand in Hand mit der Förderung der Fremdenverkehrsbetriebe muß der Ausbau der Verkehrsmittel in den Hauptfremdenverkehrsgebieten gehen. Auf diesem Gebiet ist das Verkehrsministerium zuständig. Es handelt sich vor allem um die Errichtung von Seilbahnen, die Erschließung neuer Fremdenverkehrsorte, den Bau von Skiliften, Hochalpenstraßen usw. Die Schaffung solcher Sondereinrichtungen soll nicht zuletzt der Verlängerung der sogenannten „Fremdenverkehrssaison“ dienen. Es stehen z. Z. 84 solche Projekte, darunter 48 Sesselliftbauten und 14 Seilbahnbauten, zur Diskussion.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß zur Förderung des Ausländerfremdenverkehrs Wert auf moderne sanitäre Anlagen, wie Bade- und WC.-Einrichtungen gelegt werden muß, da sich eine dies-

sieht das Landesbudget heuer einen Betrag von 68 Millionen Schilling vor. Im Vorjahr wurden für diesen Zweck 32,2. vor zwei Jahren 24,2 Millionen ausgegeben. Das derzeit bedeutendste im Bau befindliche Projekt ist die Umfahrung von Neunkirchen. Heuer soll das Baulos von der Bundesstraße bis zur Schwarzach, im nächsten Jahr das Baulos von der Schwarzach wieder zur Bundesstraße fertiggestellt werden. Allein dieser Bau erfordert ungefähr 3 Millionen. Weitere Projekte für Ortsumfahrungen, die derzeit allerdings noch im Stadium der Vorarbeiten stecken, sind für Traiskirchen, Amstetten und Wiener-Neustadt geplant. Gegenwärtig wird auch an 40 Brücken gearbeitet. Von den über tausend gesprengten Brücken sind derzeit nur noch etwa 300 zerstört. Das bedeutendste Vorhaben dieser Art ist die Donaubrücke bei Tulln. Die Wichtigkeit dieser Arbeiten veranschaulicht allein der Stand an Kraftfahrzeugen, der im Vorjahr bereits um 20.000 höher war als 1936 und heute an die 50.000 beträgt. In verkehrsstarken Zeiten werden an den südlichen Ausfallsstraßen Wiens bis zu 700 Fahrzeuge in der Stunde gezählt. Die erhöhte Bautätigkeit hat außerdem tausenden Arbeitern Vollbeschäftigung gebracht.

Das Sowjetvolk arbeitet für den Frieden

Moskau (TASS.) Mit gewaltiger Befriedigung nehmen die Werktätigen der UdSSR die Mitteilung des sowjetischen Friedenskomitees entgegen, daß mehr als 115 Millionen Sowjetbürger den Stockholmer Aufruf unterzeichnet haben. In ihren Äußerungen zu dieser Mitteilung billigen die Sowjetmenschen einmütig die Stalinsche Friedenspolitik; sie geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, durch selbstlose Arbeit die Macht ihrer Heimat und die Friedensfront weiter zu stärken. Die Werktätigen der Sowjetunion haben ihre Unterschriften mit Arbeitssiegen zum Wohle der sozialistischen Heimat besiegelt.

Kleine Streiflichter

Unser Finanzminister wird, als man ihm die letzten Ausweise über die Steuereingänge gezeigt hat, sicherlich ein freundliches Gesicht gemacht haben und sein Sorgenbündel ist etwas leichter geworden, weil die Steuereingänge, wie sie im Bundesvoranschlag stehen, wesentlich überschritten wurden. Bei einer Summe von 10 Milliarden ist der Mehrertrag von 535 Millionen Schilling im Halbjahr schon schwer ins Gewicht fallend. Ist es ja doch im Gegenteil schon vorgekommen, daß die erwarteten Einnahmen nicht erreicht wurden und dadurch der ganze Staatshaushalt darunter litt. Es mußten fest geplante Ausgaben gedrosselt werden und wirtschaftliche Rückschläge waren unvermeidlich. Nicht zu leugnen ist, daß die Tatsache von großen Mehreinnahmen dem Auge ein recht günstiges Bild bietet. Der Mann, der nun die Zahlen betrachtet, wird damit zufrieden sein, denn um auszugleichen, braucht er nicht, was immer eine unfreundliche Ablehnung mit mehr oder weniger Sturm verursacht, zu kürzen. Der Mehrertrag ergibt entweder einen Überschub oder die Ausgabenposten können erhöht werden, was nie unerwünscht ist. Den Zahlen nach müßte man das auch dem Finanzminister unerwartete Ergebnis mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Man muß bei dieser Meldung jedoch vorerst fragen, wie es zu diesem Mehrertrag kam. Hat sich unsere Wirtschaft so stark gehoben, ist die Steuerkraft um so viel besser geworden? Dies ist sehr zu bezweifeln, wenn man die vielen Klagen vernimmt, die über den übergroßen Steuerdruck laut werden. Man wird dem entgegenhalten, daß zu jeder Zeit Steuerbeschwerden hörbar waren und daß nicht jeder, der klagt, einen Grund dazu hat. Wer aber die Verhältnisse derzeit kennt, weiß, daß die Klagen über den Steuerdruck meist berechtigt sind. Er weiß, daß die Steuern nur zu oft produktionshemmend und in vielen Fällen nicht mehr tragbar sind. So erfreulich es auch wäre, so können wir, so gerne man dies auch tun würde, in den Mehreinnahmen keinen verlässlichen Gradmesser für eine bessere Wirtschaftslage sehen, sondern leider vielfach die Tat-

Niederösterreichs Straßen werden ausgebaut

Derzeit wird in Niederösterreich an 198 Straßenbaustellen gearbeitet. Es handelt sich bei der Mehrzahl um Oberflächenverbesserung, Pflasterung und um Begradigungen. Für den Straßen- und Brückenbau

